

*Robert Zion, Göttingen, Lokhalle, 15.Sept.2007 (14:04 Uhr – 14:15 Uhr)
Es gilt das gesprochene Wort*

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Delegierte, liebe interessierte Öffentlichkeit

Wir sind heute hier in Göttingen nicht zum einem erweiterten Fraktionstreffen zusammen gekommen, sondern zu einem Sonderparteitag.

Das heißt für mich vor allem, dass wir uns heute nur einer Aufgabe zu stellen haben:

Eine eindeutige und klare Positionierung der Partei zur falschen Afghanistan-Strategie der Bundesregierung zu finden.

Die Botschaft von Göttingen sollte daher am Ende lauten: Wir sind eine Verantwortung für die Menschen in Afghanistan eingegangen und wir nehmen diese Verantwortung auch in der und als Opposition war.

Und es gibt jetzt genau zwei Möglichkeiten, es falsch zu machen und diese Verantwortung eben nicht wahrzunehmen:

Entweder: Indem wir einen sofortigen Abzug fordern

Oder: Indem wir dem Kurs des „Weiter so“ und „Mehr vom Gleichen“ der Bundesregierung, der eine militärische Eskalation bewusst in Kauf nimmt, weiter zustimmen.

Beides wäre falsch und unverantwortlich.

Liebe Freundinnen und Freunde, wir sollten uns jetzt nicht selbst etwas in die Tasche lügen:

Natürlich erfolgt die Zusammenlegung der Mandate und die spätere Abstimmung über OEF aus parteitaktischen Überlegungen der Regierung heraus.

Aber: Im Hintergrund dieser Taktierereien, steht doch eben die Absicht der Bundesregierung, diesen falschen Kurs gegen die Kritiker in den eigenen Reihen durchzusetzen – koste es, was es wolle.

Machen wir uns also nichts vor:

Die Bundesregierung wird in der Koalition ihren Kurs durchpeitschen:

- Die Fortsetzung von OEF und in der Folge eine zunehmende Vermischung von OEF und ISAF
- Den Einsatz der Tornados über dem ganzen Land und damit auch die sehr wahrscheinliche Mitbeteiligung an Bombardierungen von Dörfern, bei denen Zivilisten getötet werden
- Das krasse Missverhältnis von militärischen zu zivilen Ausgaben von 5 : 1

Das werden wir von der Bundesregierung vorgesetzt bekommen, und dem dürfen wir schlichtweg nicht mehr zustimmen!

Schauen wir uns doch einmal die aktuelle Entwicklung in Afghanistan in diesem Jahr an:

Afghanistan hat 34 Provinzen.

Allein zwischen September und Juni – also in weniger als einem Jahr - hat die Zentralregierung in Kabul die Hälfte der noch von ihr kontrollierten Gebiete verloren. In den 14 Südprovinzen herrscht offener Krieg. In 13 Nordprovinzen wird die Lage zunehmend prekär.

Viel Raum und Zeit für Illusionen bleibt uns da nicht mehr!

Kommt der von uns Grünen schon seit langem geforderte Strategiewechsel jetzt nicht bald,

- hin zu einer politischen Lösung
- hin zum zivilen Aufbau
- hin zum polizeilichen Denken

- weg von der kontraproduktiven Kriegsführung
- weg von der Spirale der Gewalt
- weg von der geradezu irrsinnigen Vorstellung, wir müssten dort einen Krieg führen und könnten diesen auch noch gewinnen

Kommt dieser Strategiewechsel jetzt nicht bald,

dann werden wir das erleben, was bereits eine „Irakisierung des Landes“ genannt wurde, und dann wird alles bisher dort im Zivilen erreichte zerstört werden. Dann waren alle unsere guten Absichten Makulatur.

Liebe Freundinnen und Freund,

es ist unsere Pflicht als Grüne, die wir diese besondere Verantwortung für die Menschen in Afghanistan haben, jetzt darauf hinzuweisen - jetzt

Es geht hier nicht um dies oder jenes Mandat – es geht hier nicht um Mandate!

Schon gar nicht geht es hier jetzt darum, uns künstlich Trennkost zu verordnen, wo die Bundesregierung ohnehin alles zu einem unverdaulichen Einheitsbrei vermischt!

Es geht um die Realität in Afghanistan und die ganz reale und falsche Gesamtstrategie der Bundesregierung und der NATO.

Dieser Parteitag muss sich den Tatsachen stellen, wie sie durch die Bundesregierung zur Abstimmung gestellt werden. Nicht einem Wunschdenken, wie wir gerne abstimmen würden.

Sollten wir also hier und heute auf diesem Sonderparteitag in Göttingen als Partei einen Beschluss fassen, der alles offen lässt, Ja, Nein oder Enthaltung

- also gar keinen Beschluss -

dann würden wir unserer Verantwortung eben nicht gerecht werden.

Und wir haben in unserem Antrag A-05neu „Militärische Eskalation ist keine Lösung“ diese Position der Verantwortung formuliert:

- OEF sofort beenden
- Die Tornados zurückholen, weil sie kontraproduktiv, ja sogar schädlich sind. Was selbst der BND in seinen Briefings mittlerweile durchblicken lässt
- ISAF nur unter der Bedingung eines bald erfolgenden Strategiewechsels
- Und darum keine Zustimmung für die zusammengelegten Mandate
- Stattdessen die Einforderung eines moderierten Friedensprozesses für Afghanistan

Oder wie Tom Königs vor kurzem sagte: "Kabul muss überlegen, wie man Frieden macht" – Nicht nur Kabul, Wir Grüne müssen das auch!

Und genau das haben wir in unserem Antrag gemacht

Darum bitte ich euch diesen Antrag zum Leitantrag dieses Parteitages zu machen.

Niemand hier wird erklären können, wie dieser Krieg eigentlich zu gewinnen ist, weil er nicht zu gewinnen ist.

Wir aber machen einen Vorschlag wie der Frieden zu gewinnen ist.

Und für uns Grüne darf niemals der Zweck die Mittel heiligen – niemals.

Liebe Freundinnen und Freunde,

auch darum habe ich mich mit anderen für diese Sonder-BDK eingesetzt: um uns, den Delegierten der Kreisverbände, dem obersten beschlussfassenden Gremium der Partei, jetzt das Wort zu erteilen.

Und angesichts der Tatsache, dass der von uns geforderte Strategiewechsel eben nicht kommt, sollten wir jetzt vielleicht auch einmal einige in unserer Bundestagsfraktion und auch den Parteivorsitzen mal fragen:

Welche Bundesregierung würde sich eigentlich unter Handlungsdruck gesetzt fühlen, wenn sogar die Opposition FÜR ihre Politik stimmt?

Keine, keine einzige!

Und für diejenigen, die hier von Verantwortung und Moral reden:

Gerade was die Verantwortung und die Moral betrifft sind wir Grünen einmal angetreten, um den Wandel in den Staat zu tragen -

Und nicht wie die SPD – um jeden Preis – staatstragend zu agieren.

Jetzt sollten wir als Grüne Partei der Arroganz dieser Großen Koalition eine Abfuhr erteilen und dürfen ihrem taktiererischen Versuch, ihre falsche Strategie durchzudrücken, nicht mehr zustimmen.

Nun hat uns die Parteispitze ja nach hartem Ringen uns Delegierten einen Vorschlag gemacht, den wir unserer Bundestagsfraktion wieder vorschlagen sollen. Wir sollen der Fraktion am besten gar nichts vorschlagen.

Diese Blamage dürfen uns heute nicht selbst organisieren als Partei. Und darum werden wir es hier und heute richten müssen!

Wir alle hier tragen nicht nur eine Verantwortung für die Menschen in Afghanistan, wir tragen auch eine Verantwortung für diese Partei. Und die Grundsäulen dieser Partei lauten immer noch: ökologisch - sozial - basisdemokratisch – gewaltfrei.

Und da ich jetzt mit meinen Skript fertig bin, aber eigentlich noch lange nicht fertig bin, möchte ich noch einmal was zu den Spionen sagen.

Spione, das sind die Tornados. Die Afghanen haben nämlich kein Wort für Aufklärungsflugzeuge. Die nennen die nur: Spione. Und die kennen das aus der sowjetischen Besatzungszeit.

Wenn die Aufklärungsflugzeuge der Sowjets am Himmel aufgetaucht sind, wussten sie, es dauerte noch genau zwei Stunden, dann kommen die MIGs und dann fallen die Bomben.

Und es ist vollkommen egal für was die Tornados eingesetzt werden, was sie fotografieren oder nicht fotografieren: Für die Afghanen sind die Tornados die Spione – das haben sie in ihrem Leben gelernt – und eine Gefahr für sie.

Und ich denke auch, der Einsatz der Tornados ist auch eine Gefahr für die Bundeswehr im Norden. Und um das noch einmal deutlich zu machen, möchte ich die Worte eines deutsch-afghanischen Politikwissenschaftlers zitieren, Martin

Baraki: „Als ich mich im Frühjahr 2007 in Afghanistan aufhielt, war dort die Entsendung der Bundeswehr-Tornados das beherrschende politische Thema. Die Afghanen empfinden deren Einsatz im Süden und Osten, wo die US-geführten NATO-Einheiten einen gnadenlosen Krieg führen, als faktische Kriegserklärung an die afghanische Bevölkerung. Dies hat in der Tat das Ansehen Deutschlands beschädigt. Deutschland ist jetzt zur Kriegspartei geworden, mit allen unausweichlichen Folgen. Davor habe ich die deutsche Politik immer gewarnt.“

Danke

Für ihren Beitrag zu dieser Rede möchte ich folgenden MitstreiterInnen danken: Christian Michalak, KV Bochum (für seinen Hinweis, wie Opposition funktioniert); Simon Lissner, KV Limburg-Weilburg (für den Hinweis auf unsere vier Grundsäulen); Matin Baraki; Peter Alberts, KV Münster (für seinen Hinweis auf die Tatsachen und das Wunschdenken); Christoph R. Hörstel (für seine geduldigen Erklärungen der Logik dieses Krieges) und Barbara Richter, KV Hagen; Richard Janus, RV Wartburgkreis/Stadt Eisenach; Karl-Wilhelm Koch, KV Vulkaneifel; Christian Meyer, KV Holzminden; Ralf Henze, KV Odenwald-Kraichgau (für ihre Ermutigung und ihre unschätzbare Hilfe)

Dies ist euer aller Rede.



Robert Zion, Bochum, Jahrhunderthalle, 17. Juni 2007

Es gilt das gesprochene Wort

Liebe Freundinnen und Freunde,

als die Grünen sich als neue Partei aus den sozialen Bewegungen herausbildeten, waren wir die erste nachindustriegesellschaftliche Partei der Republik.

So findet sich bereits im ersten Reader über originäre Grüne Wirtschafts- und Sozialpolitik von 1985 die Idee des Bedingungslosen Grundeinkommens als gesellschaftspolitische Idee.

Bereits damals ging es uns um eine Verbindung von Ökonomie, Ökologie und Sozialem, um ein neues Gesellschaftsmodell. 1989 erklärten wir: „Es ist Selbstverpflichtung der Grünen, darauf hin zu arbeiten, die Lebenschancen aller Menschen unter Beachtung der ökologischen Belastbarkeit des Globus auf möglichst hohem Niveau anzugleichen.“

Die Idee damals lautete: Das alleinige Festhalten am Wohlstandmodell der industriegesellschaftlichen Normarbeit – das was Fordismus genannt wird – zwingt unsere Gesellschaft zu einem permanenten und nicht durchhaltbaren Wachstumsdruck – egal ob neoliberal-angebotsorientiert, oder keynesianisch-nachfrageorientiert gesteuert.

Die Idee war auch, dass wir zu neuen Anerkennungs- und Entlohnungsformen für gesellschaftliche Arbeit kommen müssen, die nicht über den sogenannten Arbeitsmarkt definiert ist, der reproduktiven und auch nichtproduktiven Arbeit.

Liebe Freundinnen und Freunde,

heute ist das, was die Grünen früher noch als Idee oder als Entwurf formuliert haben, feststellbare Wirklichkeit geworden. Wir leben in einer postindustriellen Gesellschaft.

Ich behaupte sogar: Die Transformation ist heute so tiefgreifend, dass sie mit der früheren Transformation der Feudal- in die Industriegesellschaft verglichen werden kann.

Wir leben heute in einer Wissens- und Dienstleistungsökonomie – 70% der Wertschöpfung sind heute Wissensproduktion. Und dies ändert beinahe alles an den Fundamenten unserer Gesellschaft: Am Begriff der Arbeit, der gesellschaftlichen Integration, den alten Mechanismen der marktförmigen primär- und staatsförmigen Sekundärverteilung.

Heute sprechen Soziologen wie etwa Alain Touraine oder auch Oskar Negt darum auch von einer Dreiteilung der Gesellschaft: Ein oberes Drittel, für das die Ansprüche unserer Demokratie noch dauerhaft eingelöst wird, ein mittleres zunehmend prekäres Drittel, und ein unteres Drittel der dauerhaft „Überflüssigen“.

Und halten wir jetzt noch an unseren alten industriegesellschaftlichen Modellen der Normarbeit und der sozialen Absicherung fest, DANN WERDEN WIR DEN SOZIALSTAAT VERLIEREN, weil schlichtweg die Mechanismen der Integration durch Normarbeit und der bisherigen Verteilung nicht mehr funktionieren, denn das Soziale kann immer nur auf der Basis der Ökonomie gedacht werden.

Darum müssen wir Grünen jetzt unsere Idee wieder aufgreifen. Wenn es Ziel unserer emanzipatorischen Sozialpolitik sein soll, keinen einzigen Menschen in diesem Land verloren zu geben,

- o Dann müssen wir das soziokulturelle Existenzminimum der Menschen individuell durch ein Grundeinkommen absichern

- o Das heißt, wir ersetzen die nicht mehr funktionierenden Mechanismen der Primärverteilung durch den Markt und der nachträglichen Sekundärverteilung durch den Staat durch eine PROTOVERTEILUNG, durch eine bedingungslose Garantie des Existenzminimums.

Liebe Freundinnen und Freunde,

Geben wir also als Grüne dieser Gesellschaft wieder eine gesellschaftspolitische Zielvorstellung zurück, denn diese Gesellschaft – schauen wir uns doch in den anderen Parteien um – hat keine mehr.

Dazu bedarf es wirklich Mut, und auch der Fähigkeit, das Neue zu erkennen, es anzunehmen und gestalten zu können.

Aber - Stop-Politik und Go-Politik schließen sich aus.

Wir können nicht zugleich den alten Sozialstaat verteidigen und den neuen Fordern. Wir können nur an den Zielen des alten Sozialstaates festhalten, aber nicht an den alten Mitteln.

Noch einmal: halten wir an den alten Mitteln fest, werden wir einen Restsozialstaat bekommen, der diesen Namen nicht mehr verdient, eine Art Armenverwaltungs- und Kontrollstaat. Und Hartz IV geht genau in diese Richtung. **UND DARUM GEHÖRT DIES ABGESCHAFFT!**

Ich bin der festen Überzeugung, auch als bekennender Grüner Linker: Freiheit, die Garantie der Grundrechte und

soziale Sicherheit lassen sich verbinden – und zwar für alle Menschen, nicht nur für eine privilegierte Schicht -, wenn wir nur den Mut dazu haben, den letzten Schritt zu gehen. Es wird ein qualitativer Sprung für diese Gesellschaft sein.

Und eben darum bitte ich euch, dem Antrag der Grünen Jugend zu zustimmen, denn im Antrag des Landesvorstandes wird die Stop- und Go-Politik gleichzeitig versucht. Dies schließt sich aber aus.

Vielen Dank